...he Kurse
...Baer & Steud, Karlsruhe i. B.

Allgem. El. Akt.	6[illegible]
Paketfahrt „	4[illegible]
Nordd. Lloyd Akt.	3[illegible]
Phönix Akt.	1[illegible]
Bad. Anilin u. Soda Akt.	4[illegible]
Deutsche Kali-Akt.	1[illegible]

...Francs = Mk. 3740
...Gulden = Mk. 7199

...weiler.
Einladung.
...erwandte Freunde und Be-
2. Februar 1922
...abenden
...eitsfeier
...onne" in Pfinzweiler
...Küller,
...r, Maurers in Pfinzweiler.
...Kling,
...g, Sägewerksbesitzers in
...weiler.
...Uhr in Feldrennach.

...enalb.
Saal-Einweihung
...et im
...um" in Langenalb
...den 12. Februar
...-Belustigung
...Ochs z. „Lamm".

...e auf nach Schwann!
...ann.
...der am
...1. Februar 1922
...um „Waldhorn"
...abenden
...nterhaltung
...inzuladen. Gegeben wird
...-Räuber"
...Herbrich.
...n fünf Akten.
F. E.

...Verkauf.
...morgen 8 Uhr ab
...eht
...sen" in Höfen,
...frischer Transport
...rwöhnter, junger
...kühe, trächtiger
..., eine große Aus-
...nter, hochträch-
...n, schöner Zug-
..., sowie schönes
...gvieh
...iebhaber freundlichst ein.
...rthold Löwengardt,
...ringen.

Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 27.—. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 27.75 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 1 ℳ, außerhalb desselben 1.20 ℳ einschließl. Inseratensteuer. Offerte u. Auskunfterteilung 30 ₰. Reklame-Zeile 3.— ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Schluß d. Anzeigen-Annahme tags vorher.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 35. | Neuenbürg, Samstag, den 11. Februar 1922. | 80. Jahrgang.

Rundschau.

Der Eisenbahnerstreik ist zu Ende. Ein Schaden von Millionen ist dadurch für das deutsche Wirtschaftsleben entstanden. Mitten im strengsten Winter stockte die Kohlenbelieferung, Post- und Warenverkehr lagen plötzlich darnieder, vom Personenverkehr ganz zu schweigen. Niemand hat Nutzen, alle haben den Schaden; denn was die Regierung in Berlin schließlich bewilligte, wäre bei ruhigen und vernünftigen Verhandlungen ebenso zu erzielen gewesen. In der Reichshauptstadt streikten außerdem die städtischen Arbeiter, wodurch großes Unheil entstand. Der Radikalismus gefiel sich wieder einmal in einer Machtprobe, die die Reichsregierung nur mühsam bestand. Nicht einmal ganz Süddeutschland blieb verschont, weil auch in Baden die Kopflosigkeit siegte. Württemberg und Bayern bildeten eine rühmliche Ausnahme. Es ist insbesondere den schwäbischen Eisenbahnern hoch anzurechnen, daß sie sich von den norddeutschen Wahnideen nicht verblenden ließen und ihrer Pflicht als Staatsbeamte eingedenk blieben. Auch das Verhalten der bayerischen Eisenbahner beweist, daß wir im Süden politisch reifer sind als der Norden. Die schwerste Belastungsprobe hatte das Zusammengehörigkeitsgefühl des Reichsbürgertums auszuhalten. Der Gedanke, daß es wohl besser wäre, wenn wir im Süden unsere eigenen Wege gingen, drängte sich in diesen Tagen wohl jedem auf, aber wenn auch die Reichsfreudigkeit fast ebenso tief unter den Gefrierpunkt sank wie die Temperatur im Freien, so war doch überall das Pflichtbewußtsein stärker als die Verdrossenheit. In Not und Gefahr muß man erst recht zusammenstehen; das Reich muß uns doch bleiben. Das Ende vom Liede werden eine Masse von Disziplinaruntersuchungen gegen die Führer und Hetzer sein, die natürlich nicht straffrei ausgehen dürfen, aber die Reichsregierung hat bereits kundgetan, daß sie auf Massenentlassungen verzichtet.

Die Landwirtschaftl. Woche in Stuttgart nahm einen durch den Streik ungestörten Verlauf und gestaltete sich zu einer großen Kundgebung unseres Bauerntums mit und ohne politischen Einschlag. Insbesondere die Ausstellung war eine vorzügliche Leistung. Am bemerkenswertesten war der immer wieder zum Ausdruck kommende Wille, die Produktion an heimischen Boden erzeugnissen so stark zu fördern, daß wir von Jahr zu Jahr auf geringere Einfuhrmengen vom Ausland angewiesen und in die Lage versetzt werden, die Ernährung des deutschen Volkes mit der Zeit aus eigener Kraft zu bewerkstelligen. Auch an Aufklärungsarbeit für die Herstellung des Friedens zwischen Stadt und Land hat es wahrlich nicht gefehlt. Manches treffliche Wort wurde in dieser Hinsicht gesprochen; der Bauer soll den Bogen seiner Forderungen nicht überspannen, der Städter aber die Kosten und Lasten der Landwirtschaft gerecht einschätzen und nicht gleich über Wucher schreien, wenn auch der Landwirt seine Preise den allgemeinen Verhältnissen anpaßt. Besonders wichtig erscheint es, daß die Landwirte den Aufkäufern und Spekulanten die Türe weisen, die durch verlockende Angebote Zwischenhandelsgewinne erstreben und die Erzeugnisse auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten heillos verteuern, ja womöglich die Ware über die Grenze schaffen. Fort mit ihnen!

Der württembergische Landtag tritt nächste Woche wieder zusammen. Einstweilen hält der Finanzausschuß seine Sitzungen ab. Er hat seine Genehmigung dazu erteilt, daß bei der Gehaltszahlung an die württ. Beamten der Teuerungszuschlag vom 1. Januar ab für die ersten 10 000 M. der Bezüge sich von 20 auf 40 Proz. erhöht, was einen besseren Ausgleich nach unten zur Folge hat. Eine wichtige Rolle in den Beratungen spielt die Bauholzbeschaffung und die Bauholzpreise für den Wohnungsbau. Es ist außerordentlich schwierig, die Mittel für die Zuschüsse zu neuen Wohnungen des Landtags aufzubringen.

Unter den ausländischen Ereignissen steht an erster Stelle die Wahl eines neuen Papstes, der vom Konklave in der Person des Mailänder Kardinals Ratti nach mehrtägigen vergeblichen Abstimmungen gefunden wurde. Der neue Papst hat den Namen Pius XI. angenommen. Die deutschen Katholiken bringen ihm Vertrauen und Liebe, das übrige Deutschland Achtung vor seinem hohen Amte und die Hoffnung entgegen, daß er seine starke geistige Macht ebenso wie sein Vorgänger Benedikt XV. zur Linderung der Not unter den Völkern, zur Beseitigung des Hasses und zur Wiederaufrichtung des Gerechtigkeitsgefühles anwenden werde. Die Konferenz von Washington ist endgültig zu Ende. Sie ist keineswegs so ergebnislos verlaufen, als man eine Zeitlang befürchten mußte. Die Konferenz von Genua steht vor der Tür. Teilweise werden Zweifel laut, ob Lloyd George an ihr noch als englischer Premierminister teilnehmen werde, aber es besteht vorderhand kein ernster Grund, an seinen Sturz zu glauben.

Deutschland.

München, 10. Febr. Der verstorbene Papst Benedikt XV. hat dem Erzbischof von München zur Unterstützung lungenkranker deutscher Studenten 400 000 Lire gestiftet.

Berlin, 10. Febr. Nach Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums ist der Personenverkehr gegenwärtig zu 30 Proz. wieder im Gang. Auf fahrplanmäßigen Betrieb wird Anfang nächster Woche zu rechnen sein.

Nachklänge zum Eisenbahnerstreik.

Während des Eisenbahnerstreiks wurden von Mannheim aus zwei Plakate „Zur Aufklärung" verbreitet, in denen unzutreffende Angaben über den Referentenentwurf des Arbeitsdienstgesetzes und über die Besoldungsverhältnisse der Eisenbahnbeamten und -anwärter gemacht worden sind. In diesem Plakat wird behauptet:

In den teuersten Orten erhält in der Woche: ein Bahnwärter der Gruppe 2 280 M., ein Schaffner der Gruppe 3 320 M., ein Lokomotivführer der Gruppe 4 325 M., ein Zugführer der Gruppe 5 380 M., ein Lokomotivführer der Gruppe 6 405 M.

Diesen hier wiedergegebenen Sätzen sind aber anscheinend die Bezüge der niedersten Orte zugrunde gelegt. Tatsächlich ergeben sich für die erwähnten Beamtengruppen der Ortsklasse A für einen verheirateten Beamten ohne Kinder nach Abzug der Steuern folgende Nettowochenbezüge:

Beamtengattung	Bes.-Gruppe	Wochenbezüge für einen Beamten ohne Kinder nach Abzug der Steuern Anfangsgeh. Mk.	Höchstgeh. Mk.
Bahnwärter	II	328	423
Ober-Bahnwärter	III	359	465
Schaffner	III	359	465
Ober-Schaffer	IV	397	504
Lokomotivheizer (ungelernt)	IV	397	504
Lok.-Oberheizer (Bes.-Führer	V	434	540
Zugführer	V	434	540
Lokomotivführer	VI	455	592

Hierzu sei noch zunächst bemerkt, daß der weitaus größte Teil der Lokomotivheizer in Gruppe 5 angestellt ist. Ferner treten zu den hier wiedergegebenen Sätzen noch Kinderzuschläge von 44 bis 69 M. für jedes Kind hinzu. Weiter kommen hinzu für die Beamtengruppen des Fahrpersonals die Aufwandsentschädigung des Zugpersonals; sie betragen zurzeit im Monatsdurchschnitt für einen Lokomotivführer 300 M., für einen Lokomotivheizer 230 M., für einen Zugführer 275 M., für einen Schaffner 260 M. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die betreffenden Beamtengruppen die Vorzüge eines größeren Erholungsurlaubs, einer unwiderruflichen Anstellung, Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenfürsorge, Weitergewährung des Gehaltes in Krankheitsfällen, Zuschüsse für ärztliche Fürsorge, Wohlfahrtseinrichtungen (wie Freifahrtsbewilligung) genießen.

Keine Erwerbslosenunterstützung für streikende Eisenbahner.

München, 10. Febr. Das Reichsarbeitsministerium hat die Sozialministerien der Länder telegraphisch angewiesen, daß den Arbeitslosen, die infolge des Eisenbahnerstreiks arbeitslos geworden sind, Erwerbslosenunterstützung nicht gezahlt werde.

Ein kritischer Tag?

Berlin 10. Febr. Der heutige Tag, der im Reichstag die Aussprache über den Streik und die Regierungserklärung bringt, wird für die Regierung als ein besonders kritischer Tag angesehen. Die Kommunisten haben, wie die „Vossische Zeitung" meldet, ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett eingebracht, über das am Schluß der Aussprache abgestimmt werden wird. Wie sich eine Mehrheit, die den Antrag ablehnt, zusammenfinden soll, läßt sich zurzeit noch nicht voraussagen, da die Unabhängigen, die bisher das Kabinett Wirth, wenn auch nur indirekt, unterstützt haben, durch die Regierungserklärung in ausgesprochene Oppositionsstellung geraten sind. Die Bezeichnung des Beamtenstreiks als Revolte und besonders auch die Ablehnung eines Beamtenstreiks durch die Regierung haben sie ernstlich verschnupft. Sie erinnerten die Regierung an den in den unheilvollen Märztagen des Jahres 1920 regierungsseits angeordneten Generalstreik. Andererseits sitzt die Regierung nach der Ernennung Rathenaus und der damit verbundenen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei erst recht im Ungewissen, da die Regierungsparteien nicht hinreichen, um das Mißtrauensvotum abzulehnen. Zudem scheinen auch in den eigenen Reihen Verstimmungen gegen einzelne Mitglieder der Regierung zu herrschen, so gegen den Finanzminister Dr. Hermes und den Verkehrsminister Gröner, denen man vorwirft, sie hätten durch verbindlicheres Auftreten während des Streiks manches verhüten können. Es ist natürlich, daß man von der Volkspartei Rettung erwartet. Wohl in dunkler Vorausahnung der neuen Schwierigkeiten haben die Demokraten und das Zentrum die Deutsche Volkspartei gestern zur Wiederaufnahme der Koalitionsverhandlungen eingeladen. Dr. Stresemann aber hat sich die Entscheidung vorbehalten, weil er erst die Auffassung seiner Fraktion kennen lernen will. Nichtsdestoweniger dürfte der kommunistische Antrag abgelehnt werden.

Berlin, 10. Febr. Nach der Reichstagssitzung hielten die meisten Fraktionen Sitzungen ab, um sich über die Erklärung des Reichskanzlers und ihre Stellungnahme in der heutigen Reichstagssitzung zu beraten. Die Deutsche Volkspartei ist gegen die Haltung der Regierung und kann es nicht billigen, daß mit den Streikenden, wenn auch nur in verschleierter Form verhandelt wurde. Trotzdem wird sie dies nicht zum Anlaß nehmen, den offenen Kampf gegen Dr. Wirth aufzunehmen.

Ausland.

London, 9. Febr. Die Admiralität hat den Befehl gegeben, die Rekrutierung für die Flotte sofort einzustellen. Eine Ausnahme wird mit den Schiffsjungen gemacht, von denen bis auf weiteres jede Woche 40 angenommen werden. Die Admiralität hat sich bereit erklärt, 1500 Heizer zu entlassen, sofern diese darum vorstellig werden.

Papst Pius XI. betont seine politische Neutralität.

Die Agentur Volta erfährt aus dem Vatikan, Papst Pius VI. habe es lebhaft bedauert, daß ein Teil der französischen Presse seine Wahl als eine Aenderung der politischen Orientierung des Heiligen Stuhles in franzosenfreundlichem und deutschfeindlichem Sinne glaubt betrachten zu können. Sobald der Papst von dieser Behauptung Kenntnis erhielt, berief er den Kardinal Bertram, den Erzbischof von Breslau, zu sich und bat ihn in einer herzlichen Unterredung, Deutschland zu versichern, daß er alle Sympathien für die deutschen Katholiken hege und er alle Völker, ohne jeden Unterschied oder Vorzug, segne.

Unruhen in Indien.

London, 9. Febr. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Die Ansprüche der indischen Nationalisten würden von keiner Regierung, die sich selber achtet, in ernsthafte Erwägung gezogen werden können. Die Lage in Indien sei derart, daß ein rasches und entschlossenes Eingreifen nottue. Nach Londoner Meldungen soll die englische Regierung beabsichtigen, um den Unruhen in Indien ein Ende zu machen, den Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung Gandhi und seine Jünger zu verhaften. — „Evening News" berichtet über ernste Ausschreitungen im Bezirk von Madras in Indien, bei denen die Polizei auf eine Volksmenge von 10 000 Personen feuerte. Drei Personen wurden getötet und acht verletzt. Die Lage wird täglich drohender.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Vom rechten Wirken.

Das Leben ist nie etwas, es ist nur die Gelegenheit zu einem Etwas. Hebbel.

Wer recht wirken will, muß nie schelten, sich um das Verkehrte gar nicht kümmern, sondern nur immer das Gute tun. Denn es kommt nicht darauf an, daß eingerissen, sondern, daß etwas aufgebaut werde, woran die Menschheit reine Freude empfinde. Goethe.

Erst im Ausharren kann der letzte vollgültige Beweis der Kraft liegen, die wir einsetzen. Nicht auf die Himmelshöhe des ersten Aufflammens, sondern auf die nachhaltige ruhige Stetigkeit durch alle Stimmungsschwankungen kommt es an. Gertrud Bäumer.

Wer strebt und schafft
bleibt jung an Kraft.
Frisch, vorwärts drum,
und kehr' nicht um! Scheffl.

⊙ **Neuenbürg,** 10. Febr. Einiges von dem Gehaltvollsten der Dichtung der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit wird in fesselnder Auswahl am Sonntag abend 8 Uhr im Gemeindehaus uns dargeboten werden. Die künstlerische Sprecherin, Frl. Elsa Oessenauer von Pforzheim, eine Lieblingsschülerin von Wilhelm Wassermann, wird Vortragsstücke von Konrad Ferdinand Meyer, Volkmann, Leander u. a. uns zu Gehör bringen. Wer sich von den besten und edelsten Gaben unseres Schrifttums in Poesie und Prosa einen Eindruck verschaffen will, sei nachdrücklich auf die seltene Gelegenheit hingewiesen.

Neuenbürg, 11. Febr. Die Freie Schuhmacher-Innung für den Oberamtsbezirk Neuenbürg veranstaltet seit einigen Wochen für die Angehörigen des Gewerbes unter Leitung von Obermeister Kappler von Pfalzgrafenweiler einen Kurs, in welchem den Teilnehmern Gelegenheit geboten ist, sich Kenntnisse in der Fertigung von Fußbekleidung unter Berücksichtigung von Krankheitsfehlern des menschlichen Fußes und anormaler Füße zu erwerben. An dem Kurs nahmen erfreulicherweise eine größere Zahl Angehöriger des Gewerbes teil. Ihre Arbeiten werden zur öffentlichen Besichtigung morgen Sonntag von 3 Uhr ab im Nebenzimmer des Gasthofs zum „Bären" ausgestellt. Wir möchten auch an dieser Stelle den Besuch empfehlen; er dürfte für jeden Besucher nur lehrreiches bieten und manch nützlichen Wink geben.

Neuenbürg, 10. Febr. Der in Nr. 28 unseres Blattes gemeldete Eisenbahnunfall bei Unterreichenbach stellt sich nicht so einfach heraus, wie der Bericht lautete, den wir teilweise einer anderen Zeitung entnahmen. Nach Angabe eines Augenzeugen und Mitverletzten, des 47 Jahre alten Christian Schmid von Gräfenhausen, jenes Reisenden, der in der Nervenheilanstalt in Nagold Heilung suchte und sich auf dem Heimweg befand, war der Zusammenstoß, obgleich der Zug seine Fahrt bereits gemäßigt hatte, immer noch von einer Gewalt, über welche sich nur diejenigen eine richtige Vorstellung machen können, die selbst im Zuge sich befanden. Freilich gab es keine Toten, aber die Verletzungen, die mehrere Reisende im Gesicht und anderen Körperteilen erlitten, sind nicht so einfacher Art. Starke Verbrühungen im Gesicht erlitten Lokomotivführer und Heizer der ersten Lokomotive, in die ein Holzstamm sich infolge des Zusammenstoßes derart hineingebohrt hatte, daß er abgesägt werden mußte, weil er nicht mehr aus der Maschine herauszubringen war, während die Maschine völlig demoliert war. Als ein Glück im Unglück darf es bezeichnet werden, daß der Zusammenstoß auf die Stämme erfolgte, wodurch der Anprall etwas gemildert wurde, wäre er direkt auf die Wagen erfolgt, namenloses Unglück wäre die unausbleibliche Folge gewesen. Die Verletzten werden noch längerer Zeit bis zu ihrer gänzlichen Wiederherstellung bedürfen. Schmid fand, da er auf Anordnung eines Arztes nicht an demselben Abend transportfähig war, gastliche Aufnahme bei Herrn Sägewerkbesitzer Ludwig Jäck, früher in Conweiler. Der Materialschaden ist natürlich ein ganz bedeutender. Ueber die wirklichen Ursachen des Zusammenstoßes dürfte die eingeleitete Untersuchung wohl Klarheit bringen.

Württemberg.

Stuttgart, 9. Febr. (Zur Frage der Lehrerbildung.) Vom Württ. Lehrerverein wird mitgeteilt: Der Gesamtvorstand des Württ. Lehrervereins nahm in seiner letzten Sitzung erneut Stellung zur Neugestaltung der Lehrerbildung. Diese ist nicht in erster Linie eine Lehrerfrage, sondern eine Angelegenheit, die unser ganzes Volk auf das Tiefste berührt. Es ist nicht möglich, die in der Verfassung geforderte, durchaus notwendige Reform unseres Bildungswesens durchzuführen, wenn nicht die Lehrerbildung grundsätzlich geändert wird. Den Bestimmungen der Verfassung entsprechend hat der Lehrer seine Allgemeinbildung sich zu erwerben durch den Besuch einer schon

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

bestehenden oder noch zu errichtenden ausgebauten höheren Lehranstalt. Die Berufsbildung der künftigen Lehrer erfolgt nach bestandener Reifeprüfung auf der Universität oder Technischen Hochschule. Damit würde der Finanzlage des Staates mehr Rechnung getragen, als wenn besondere erziehungswissenschaftliche Hochschulen ins Leben gerufen würden. Auch würde auf diese Weise der Volksschullehrer eine Bildung erhalten, die ihn befähigt, die Aufgabe, die Gegenwart und Zukunft an die Schule stellen müssen, erfolgreich zu lösen. Die Lehrerschaft muß daher verlangen, daß die zuständigen Instanzen die Neuregelung der Lehrerbildung ungesäumt in Angriff nehmen.

Stuttgart, 9. Febr. (Studentenhilfe und Landwirtschaft.) Anläßlich der Landw. Woche haben Studentenvertreter der drei württ. Hochschulen mit den landw. Organisationen Fühlung genommen, um die Belieferung der Studentenküchen mit Lebensmitteln in die Wege zuleiten. In der Hauptausschuß-Sitzung des Hauptverbands dankten die Studentenvertreter für die bisherige Unterstützung durch die Landwirtschaft und beleuchteten die Aufgabe, durch billige Lieferung von Lebensmitteln den begabten Söhnen minderbemittelter Kreise auch fernerhin das Studium zu ermöglichen. Die landw. Bezirksorganisationen erklärten sich bereit, die Werbung mit Unterstützung der Hochschulen in die Hände zu nehmen und darauf hinzuwirken, daß Hauptnahrungsmittel umsonst oder zu billigen Preisen an die Studentenküchen der drei Hochschulen Stuttgart, Tübingen und Hohenheim geliefert werden. Die drei Hochschulen beschlossen, entsprechend ihrer Besuchszahl, Württemberg in drei Werbebezirke einzuteilen. Bei Bezirksversammlungen wurden bisher schon schöne Werbeergebnisse erzielt. Die Tübinger Studentenhilfe erhielt in den letzten Tagen vom landw. Bezirksverein Künzelsau 70 Zentner Brotgetreide zum Gesamtpreis von nur 5700 M. Dieses Entgegenkommen der Landwirtschaft, die in uneigennütziger Weise ihre Unterstützung den bedürftigen Studenten zur Verfügung stellt, verdient Dank und Anerkennung.

Stuttgart, 10. Febr. (Auch ein Zeichen der Zeit.) Der Württ. Freidenker- und Monistenbund fordert in der „Schwäb. Tagwacht" zum Kirchenaustritt auf, indem er auf die kommende Kirchensteuer hinweist.

Stuttgart, 10. Febr. (Klage gegen einen Minister.) Abg. Hiller (BB.) hat gegen den derzeitigen Arbeits- und Ernährungsminister Keil wegen der von diesem veröffentlichten Angriffe in der „Schwäb. Tagwacht" Beleidigungsklage erhoben und bei der Staatsanwaltschaft Antrag auf Erhebung der öffentlichen Anklage gestellt. Wie das „Neue Tagblatt" erfährt, hat die Generalstaatsanwaltschaft, die auf dem Weg der Beschwerde mit der Sache befaßt wurde, die Erhebung der öffentlichen Anklage angeordnet.

Stuttgart, 10. Febr. (Beleidigungsklagen.) Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde die Beleidigungsklage des Direktors Roßmann vom hiesigen Hauptversorgungsamt gegen den Redakteur Merkle als Schriftleiter des „Deutschen Bundes", Organ des Bundes der Kriegsbeschädigten, verhandelt. Im Herbst v. J. wurden in diesem Blatt gegen Regierungsrat Roßmann schwere Angriffe veröffentlicht. Das Gericht verurteilte Merkle wegen fortgesetzter Beleidigung zu 500 M. Geldstrafe. Der Leitartikler der „Schwäb. Tagwacht", Dr. Schumacher, wurde wegen Beleidigung der Familie Körner durch Artikel zu 600 M. Geldstrafe verurteilt.

Tübingen, 8. Febr. (Wichtig für Viehhalter!) Die vermöglichen Bauern Karl und Paul Helm in Walddorf, OA. Tübingen, zeigten den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in ihren Gehöften nicht an; sie erhielten aber Strafbefehle auf je 700 M. Gegen diese Strafe erhoben sie Einspruch mit der Begründung, daß sie das Vieh erst acht Tage im Stall hatten, und dasselbe gefressen habe. In Anbetracht des großen Schadens und der Gefährlichkeit für die Allgemeinheit, welche das Vertuschen des Seuchenausbruchs zur Folge haben kann, erkannte das Schöffengericht auf je 800 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Gerlingen, OA. Boeblingen, 9. Febr. (Wahnsinnige Holzpreise.) Bei einem Stammholzverkauf hatte die Gemeinde einen guten Tag. Das zum Verkauf gestellte Holz war mit 68 000 Mark angeschlagen, der Erlös betrug 351 000 Mark. Der Durchschnittserlös beträgt 576 Proz. der Forsttaxe. Für einzelne Nummern wurden weit über 600 Proz. der Forsttaxe erlöst.

Münsingen, 10. Febr. (Furchtbarer Tod) Während einer Wäsche wollte der achtjährige Sohn des Postschaffners Göb der Mutter Holz bringen, betrat die dampferfüllte Waschküche und stürzte infolge seiner gefrorenen Stiefel rücklings in einen Zuber mit heißem Wasser und erlitt so schwere Brandwunden, daß er bald daran starb.

Schwenningen, 10. Febr. (Das Großfeuer.) Zu dem bereits gemeldeten Brand, dem das Werk II der Gebr. Schlenkerschen Ziegelwerke zum Opfer fiel, wird ergänzend berichtet, daß das Hauptwerk I mit seinen drei großen Ringöfen völlig unversehrt ist und sofort in Betrieb kommt. Die Firma macht alle Anstrengungen, den Lieferungsanforderungen möglichst nachzukommen. Auch ist sie bemüht, das abgebrannte Werk II so rasch wie möglich wieder aufzubauen und in Betrieb zu setzen.

Friedrichshafen, 10. Febr. (Der See gefriert.) Als das am Kohlenplatz im hinteren Hafen stehende Dampfboot „König Wilhelm" den Platz verlassen wollte, um am Landungssteg Reisende nach Romanshorn aufzunehmen, stellte es sich heraus, daß das Schiff eingefroren war. Nach wiederholten Versuchen, langsam rückwärts zu fahren, ist es schließlich aus dem Eis herausgekommen. Die Eisdecke in diesem Teil des Hafens war bereits etwa 20 Zentimeter dick. Die Eisbahn auf dem See zwischen hier und Eriskirch hat viele Sportfreunde angelockt. Der Untersee ist infolge der grimmigen Kälte ganz zugefroren.

Neuenstadt a. K., 10. Febr. (Tödlicher Unfall.) Der 39 Jahre alte Bäckermeister Greiner, der in der hiesigen Nährmittelfabrik seit zwei Jahren beschäftigt war, geriet in die Transmission, wodurch ihn das Genick abgedrückt wurde. Er war sofort tot. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Handel und Verkehr.

Bernhausen a. F., 9. Febr. Dem Schweinemarkt waren 210 Milch- und 45 Läuferschweine zugeführt. Verkauft wurden 120 Milchschweine, Preis pro Paar 500 bis 700 M., und 25 Läuferschweine, Preis pro Stück 600 bis 1600 M.

Neueste Nachrichten.

Lindau, 10. Febr. Die abgebrannte katholische Stadtpfarrkirche wird raschestens wieder aufgebaut. Eine Lotterie und eine kirchliche Landeskollekte sollen die Geldmittel bringen. Man rechnet, daß der Dachstuhl bereits in 8 Wochen wieder hergestellt ist.

München, 10. Febr. Der im malerischen Inntal gelegene, uralte Marktflecken Kraiburg rüstet sich, das 600jährige Jubiläum der letzten Ritterschlacht 1322 bei Ampfing in sinniger Weise zu begehen. Die gesamte Einwohnerschaft hat in einer Vollversammlung beschlossen, die weit über Bayerns Gaue hinaus bekannten vaterländischen Kraiburger Festspiele in diesem Jahre wieder zur Aufführung zu bringen. In der nach Oberammergauer Muster erbauten Festspielhalle, welche 12000 Personen faßt, soll im Sommer 1922 gleichzeitig mit dem Oberammergauer Passionsspiel in Kraiburg das hohe Lied deutscher Treue, das vaterländische „Ludwig, der Bayer" oder „Der Streit von Mühldorf" von Martin Greif zur Darstellung gelangen.

München, 10. Febr. Nach zuverlässigen Meldungen sind zwischen Bad Wörishofen und Stockheim neue umfangreiche Kohlenlager entdeckt worden. Es handelt sich um Flötze von 30—50 Meter Tiefe. Die für den Abbau nötigen Anlagen sollen in Kürze errichtet werden.

Bad Reichenhall, 10. Febr. Eine Verbandskommission in Begleitung eines deutschen Offiziers verlangte beim Amtsgericht Einsicht in das Vereinsregister. Der französische Hauptmann notierte sich als verdächtig eine „Sektion", nämlich die des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, den Staatsbürgerverein und eine alte Vereinigung zur Abhaltung von heil. Messen, die „Froschhammerzunft". (Was diesen Ententeschnüfflern nicht alles noch „verdächtig" ist. Ihr Gebahren ist nachgerade lächerlich und fordert allgemeinen Spott heraus. Schriftl.)

Frankfurt a. M., 10. Februar. Das Betriebsamt in Betzdorf hat wegen Teilnahme am Eisenbahnerstreik zum 31. März 134 Schaffnern und 6 Zugführern das Dienstverhältnis gekündigt. 5 Hilfsschaffner wurden sofort entlassen. Gegen 22 Zugführer wurde das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet.

Leipzig, 11. Febr. Im Gebäude der „Leipziger Neuesten Nachrichten" brach gestern abend Feuer aus, das an den Papiervorräten reichlich Nahrung fand. Gegen Mitternacht gelang es der Feuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Betrieb kann voll aufrecht erhalten werden.

Berlin, 10. Febr. Es ist, wie wir hören, ein Erlaß ergangen, daß allen Fahrkarten, für die wegen Streiks kein voller Ausgleich geboten werden konnte, nun eine Fristverlängerung von sieben Tagen gewährt wird.

Berlin, 10. Febr. Im Hauptausschuß des Reichstags wurden die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt, die eine Auflösung des Reichsschatzministeriums bis zum 1. Oktober 1922 bezw. bis zum 1. April 1923 wünschten. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, in dem zunächst eine Denkschrift der Reichsregierung über die Frage des Abbaues des Reichsschatzministeriums gefordert wird.

Berlin, 10. Febr. Heute vormittag sammelten sich vor dem Straßenbahnhof in Weißensee etwa 400 und am Antonsplatz in Weißensee etwa 500 Straßenbahner, um die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs zu verhindern. Die Schutzpolizei zerstreute die Demonstranten. Mehrere tausend Straßenbahner in Moabit zogen nach dem Stadtinnern, hielten die Straßenbahnen an, mißhandelten das Schaffner- und Führerpersonal und veranlaßten die Fahrgäste zum Aussteigen. Auch hier scheiterte die Schutzpolizei die Straßen.

Berlin, 10. Febr. Skandalöse Zustände bei einer Kriegsgesellschaft kamen wieder einmal in einer Verhandlung zur Sprache, die die Strafkammer des Landgerichts I Berlin beschäftigte. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung war dort der Buchhalter Johannes Mandel angeklagt, der bei der Karbid-Verteilungsstelle tätig gewesen war und dort in verhältnismäßig kurzer Zeit 2½ Mill. Mark unterschlagen hatte. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Berlin, 11. Febr. Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Beschluß, den das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner letzten am 3 und 4. ds. Mts. in Amsterdam abgehaltenen Sitzung bezüglich der Konferenz von Genua gefaßt hat. In dem Beschluß heißt es: In Anbetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterklasse die Pflicht hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz von Genua Gehör zu verschaffen, wird eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Ort und zu der gleichen Zeit einberufen werden.

Berlin, 11. Febr. Wie die „Freiheit" mitteilt, hat sich die Zentralleitung der U. S. P. mit dem im „Braunschweiger Volksfreund" veröffentlichten Brief des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Sepp Oerter beschäftigt. Da Oerter zugegeben hat, diesen Brief als Entwurf geschrieben zu haben, so steht, wie es in einer Erklärung der Zentralleitung heißt, der Sachverhalt fest. Die Zentralleitung hat daher einstimmig beschlossen, gegen Oerter sofort das Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten. Nach dem Beschluß der Zentralleitung hat Oerter sein Landtagsmandat sofort niederzulegen. — Nach einer Meldung der „Freiheit" aus Braunschweig hat auch der Braunschweigische Bezirksvorstand der USP. Oerter fallen gelassen.

Berlin, 10. Febr. Wie die „B. Z. am Mittag" meldet, wird von zuständiger Stelle die Mitteilung, daß von Seiten des Reichsverkehrsministeriums eine allgemeine Amnestie ergangen sei und nur die beiden Hauptführer des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung gezogen werden sollen, als unrichtig bezeichnet.

Berlin, 10. Febr. Die Botschafterkonferenz hat am 1. Februar beschlossen, daß die im Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 vorgesehene dreimonatige Wartezeit für Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrtmaterial am 5. Februar beginnen soll, sodaß am 5. Mai die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrtmaterial deutscherseits wieder aufgenommen werden kann.

Berlin, 10. Febr. Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, kann der Eisenbahnerstreik als beendigt angesehen werden. Sowohl die Beamten als auch die Arbeiter sind mit ganz geringen Ausnahmen vollzählig zum Dienst erschienen. Der Verkehr nähert sich immer mehr dem normalen Umfang. Die Beseitigung des auf Frostschäden zurückzuführenden Ausfalls von Lokomotiven wird mit Hochdruck betrieben.

Berlin, 11. Febr. Der Hauptausschuß des Reichstags lehnte die Anträge der Rechtsparteien auf Auflösung des Reichsschatzministeriums ab. — Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" dürfte der derzeitige Reichsernährungsminister und stellvertretende Reichsfinanzminister endgültig zum Reichsfinanzminister ernannt werden. — Gestern nachmittag wurden am Untergrundbahnhof Alexanderplatz 2 Männer verhaftet, die kommunistische Flugblätter mit einem Aufruf zum Generalstreik verteilten. Etwa 20 000 Exemplare des Flugblatts wurden beschlagnahmt.

Breslau, 10. Febr. Wie die „Schlesische Zeitung" meldet, ist zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der oberschlesischen Großindustrie unter Vermittlung der interalliierten Kommission ein neues Lohnabkommen getroffen worden, wonach auf die von November bis Januar gültig gewesenen Tariflöhne Zulagen gewährt werden.

Königsberg, 10. Febr. In Bischofsburg sind 3 Kinder, die sich allein in einem verschlossenen Zimmer befanden, bei einem ausgebrochenen Brand erstickt.

Prag, 10. Febr. Das Deutsche Theater, das vor einiger Zeit durch einen Gewaltakt der Tschechen den Deutschen entrissen worden war, ist jetzt durch einen Beschluß der tschechischen Regierung den Deutschen wieder zurückgegeben worden.

Wien, 11. Febr. Alle höheren und Mittelschulen werden geschlossen, um eine Ausdehnung der Grippe zu verhindern.

Budapest, 21. Febr. Auf Befehl des Armee-Kommandos ist Major Osztenburg wieder in Haft genommen worden. Da Osztenburg infolge von Krankheit sich in einem Sanatorium befindet, ist der Haftbefehl in der Weise durchgeführt worden, daß 4 Detektive das Krankenzimmer Osztenburgs bewachen und keinerlei Besuch empfangen.

Rom, 10. Febr. Der König hat den Rücktritt des Kabinetts nicht angenommen. Es wird am 16. Februar wieder das Parlament treten.

Rom, 10. Febr. Dem Budget des italienischen Schatzministeriums wird durch amtliches Dekret für 1922 ein Kredit von dreieinhalb Millionen Lire für Spesen für die Konferenz von Genua eingefügt.

London, 10. Febr. Im Unterhaus erklärte gestern während der Adreßdebatte der unabhängige Liberale G. Collins, die britische Politik gegenüber Deutschland beeinflusse die Arbeitslosigkeit erheblich. Die deutschen Reparationen könnten nur durch den Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erzielt werden. Der Verkauf der deutschen Schiffe verursachte den Niedergang in der britischen Schiffsbauindustrie. Aehnlich liege es mit jeder anderen Industrie in der ganzen Welt. Lloyd George fragte, ob Collins glaube, der wirkliche Grund der Arbeitslosigkeit sei die Eintreibung der Reparationen und ob man Deutschland sagen solle, die Forderungen für die Frankreich, Belgien und England zugefügten Schäden sollten gestrichen werden.

Newyork, 10. Febr. Der Bankier Otto Kahn trat in einer hier gehaltenen Rede nachdrücklich dafür ein, daß Amerika an der Konferenz von Genua teilnehme und daß die Kriegsschulden der Alliierten unter folgenden Bedingungen gestrichen würden: Die Reparationsfrage sei endgültig zu lösen. Die europäischen Budgets seien wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Unnütze Hindernisse des Handels seien zu beseitigen und der Wechselkurs zu festigen.

Die Berliner Presse zur Kanzlerrede.

Berlin, 10. Febr. Bis auf die „Rote Fahne" und „Freiheit" geben die Blätter ihrer Zustimmung zur Kanzlerrede Ausdruck. Besonders bemerkenswert ist die Darlegung der „Kreuzzeitung", die die Rede als erste Kanzlerrede Wirths bezeichnet und erklärt, seine Stellungnahme liege durchaus in deutschnationaler Richtung. Trotzdem könne man nicht von einer Wandlung Wirths reden. Die Zeitung verlangt natürlich Bestrafung der Schuldigen. — Auch der „Lokalanzeiger", der „Reichsbote" und die „Deutsche Tageszeitung" konstatieren einen Gegensatz zwischen Wirths Ausführungen und seinen Handlungen. Die „Deutsche Tageszeitung" meldet, daß gerade Wirth am schrittweisen Nachgeben die Hauptverantwortung trage. — Auch die „Tägliche Rundschau" hätte erwartet, daß Wirth aus seinen Grundsätzen bessere praktische Folgerungen gezogen hätte. — Die „Germania" hofft, daß die deutsche Rede von denen gehört und verstanden wird, die es angeht. — Die „Berliner Börsenzeitung" erwartet Richtigstellung der Behauptung, nach der Wirth der Reichsgewerkschaft zusagte, daß außer der Bestrafung der zwei oder drei Rädelsführer keine Disziplinierungen erfolgen würden. — Das „Berliner Tageblatt" begrüßt die eindeutigen Erklärungen über den Kernpunkt und betont, daß Wirth auch persönlich Geschick bei den Verhandlungen zeigte. — Die „Freiheit" stellt einen offenen Gegensatz zwischen den scharfen Tönen der Rede und den Versprechungen vorher fest. — Die „Rote Fahne" schreibt, es könne für die USPD. jetzt kein Ausweichen mehr geben. Die ausgesprochene Politik Wirths, um deretwillen die USPD. bisher alles in Kauf genommen habe, diene zur Begründung des Scharfmacherkurses im Innern.

Keine Maßregelungen Berliner Gemeindearbeiter.

Berlin, 10. Febr. In einer außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist heute die Debatte über den Streik der Berliner Gemeindearbeiter eröffnet worden. Oberbürgermeister Böß rechtfertigt die Haltung des Magistrats gegenüber dem ungerechtfertigten Streik, der das Leben und die Gesundheit der Berliner Bevölkerung aufs schwerste bedroht hat. (Die Ausführungen des Oberbürgermeisters wurden vielfach von lärmenden Kundgebungen der Kommunisten, an denen sich auch die Tribünenbesucher beteiligten, unterbrochen, sodaß die Rede des Oberbürgermeisters vielfach unverständlich blieb.) Am Schluß seiner Ausführungen bat der Oberbürgermeister die Versammlung, das Vorgehen des Magistrats zu billigen. Darauf verlangte eine Deputation der städtischen Arbeiter, von der Stadtverordnetenversammlung gehört zu werden. Der Vorsitzende teilt mit, daß dies unzulässig sei. Ein Antrag, die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung mit der Deputation zu geben, wurde mit starker Mehrheit gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Am Schlusse der Stadtverordnetenversammlung wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, daß gegen die Streikenden keine Maßregelungen angewandt werden sollen.

Verhandlungen über Steuer- und Koalitionserweiterungsfragen.

Berlin, 11. Febr. Die gestrigen interfraktionellen Verhandlungen, an denen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Demokraten teilnahmen und die sich mit den Steuervorlagen befaßten, haben, wie die Zentrumsparlamentskorrespondenz mitteilt, eine grundsätzliche Uebereinstimmung in allen Fragen noch nicht ergeben. Man sei aber darin übereingekommen, daß die Steuerausschüsse, soweit sie mit ihren Arbeiten noch nicht fertig sind, die bisher unterbro-

ohne Beratung der Steuervorlagen. Desgleichen sei die Frage der Besprechung berührt worden. Einigung nicht gefallen. Der „Berliner Tageblatt" wissen, daß die große Koalition in Betracht komme.

Neue Drohung der Reichsgewerkschaft.

Berlin, 10. Febr. Die Allgemeine Zeitung der Reichsgewerkschaft und -anwärter, die als eine Gewerkschaft angesehen werden [illegible] behauptet, daß bereits zwei Drittel der Vorstandsmitglieder und [illegible] organisation der Reichsgewerkschaft [illegible] rium die Aufforderung erhalten [illegible] Dienststellen zurückzumelden, [illegible] berung nicht entsprochen hätten [illegible] Frage), sei das Disziplinarverfahren [illegible] Reichsgewerkschaft lehne die Fortsetzung Vorgehen erneuern. Es bestehe [illegible] wort darauf überall im Lande [illegible] den Kopf der Reichsgewerkschaft [illegible]

Reichstagskritik über [illegible]

Berlin, 10. Febr. Der Reichskanzler [illegible] sprechung der gestrigen Regierungserklärung [illegible] antenstreik, wobei zunächst [illegible] folgendes ausführte: Ich habe [illegible] gestellt, daß Staatsbeamte, die [illegible] stehen, indem sie unberechtigt [illegible] schweren Dienstvergehens schuldig [illegible] Tausende von Beamten [illegible] haben bei der Durchführung [illegible] geleistet. Ihnen allen sowie [illegible] volle Hochachtung und Dankbarkeit [illegible] Opfern an Leben und Gesundheit [illegible] des Notbetriebes noch gebracht [illegible] unser allertiefstes Mitempfinden [illegible] Referentenentwurfs im Arbeitsministerium [illegible] eine derartige Entscheidung über [illegible] richtig ist es, daß mit dem Arbeitsplan für Eisenbahner geschaffen wurde [illegible] arbeiter muß acht Stunden tätig [illegible] den Eisenbahnern aber ist ein [illegible] mischeftsdienst. Eine restlose [illegible] als Dienstleistung, lediglich [illegible] sein kann, ist nicht möglich. Der [illegible] beabsichtigt nichts anderes, als [illegible] hindern und zu beseitigen. [illegible] ein selbstverständlicher Ausfluß [illegible] Willkür soll herrschen, sondern [illegible] ein Disziplinarverfahren vor [illegible] ordentlichen Richter und kann [illegible] selbst vertreten, ebenso der Tür [illegible] gegangen wird nur gegen Straftaten [illegible] bezüge verübt haben und derart [illegible] erheben werden nicht wieder [illegible] Urheber anzusehen sind, können [illegible] der sind vielfach Anschläge [illegible] erfolgt. Handgranatenanschläge [illegible] nichts), Schienen wurden auf [illegible] den Puffern aneinandergefahren [illegible] zäge zur Entgleisung zu bringen [illegible] der Mehrheit.) Gleich nach [illegible] 1000 Nothelfer in Tätigkeit. [illegible] einem Bezirk versprach, den [illegible] Technische Nothilfe auszuschalten [illegible] nicht gehalten worden. (Lebhaft [illegible] regierungen haben sich geschehen [illegible] setzen. (Stürmische Hört-Rufe.) [illegible] die Zukunft ist es erforderlich, [illegible] sich in den Staatsgedanken einzu[illegible] kundenheit mit dem Staat. [illegible] heit. — Rufe der Kommunisten.) [illegible]

Eingegangen ist ein Mißtrauensantrag, in dem gesagt wird, die Ausnahmestellung der Beamten aufgehoben [illegible] tellt. Die Regierung habe [illegible] den abgelehnt und Hausbuchungen [illegible] nisten beantragen, die beschlagnahmten [illegible] lohnungsgelder sofort zurückzugeben [illegible] und bei der Landesregierung [illegible] regelungen vom Berliner [illegible] werden. (Lachen bei der Mehrheit.)

Reichskanzler Dr. Wirth: [illegible] führungen und betonte u. [illegible] liche Amnestie nicht gegeben [illegible] Politik der Vergeltung fernliegen [illegible] nationalen, der Deutschen [illegible] und der Mehrheitssozialisten [illegible] des Streiks einig, ebenso darüber [illegible] verbesserungsbedürftig sei, doch [illegible] ten eine feste Haltung der Regierung [illegible] Streik. Abg. Dittmann [illegible] stand der Reichsgewerkschaft [illegible] Mehrheit aus Volksparteilern [illegible] Abgeordnete der Deutschnationalen [illegible] ein Demokrat gehören der Reichsgewerkschaft [illegible] wichtige Gründe dafür vorliegen [illegible] unteren und mittleren Beamten [illegible] Die unteren und mittleren Beamten [illegible] das Existenzminimum erreicht [illegible] unerhört bevorzugt worden [illegible] ten einen Erfolg nicht haben, [illegible] kratie die Politik der Regierung [illegible] recht ist den Beamten durch die [illegible] mit dem Koalitionsrecht ist [illegible] bunden. Die Beschlagnahme [illegible] ein willkürlicher Gewaltakt. [illegible] freien Gewerkschaften dem [illegible] In der Streikleitung von 191[illegible] Ebert. (Hört, hört.) Er hat [illegible] Kessel damals als einen [illegible] hat die Eisenbahn heruntergewirtschaftet. Der Reichskanzler [illegible] schuldet. Der Reichskanzler [illegible] Generale vorüber ist, und daß [illegible] (Vizepräsident Dietrich ruft [illegible] schleunigst verschwinden. Ein [illegible] nur maßregelt. Das sage ich [illegible] Gröner. (Großer Lärm und [illegible] Parteien von rechts und links.) [illegible] Vizepräsident Dietrich die Abgeordneten [illegible] lich auffordert, die Plätze einzunehmen [illegible] brach der Vizepräsident die Sitzung [illegible] Sitzung auf Samstag 1 Uhr [illegible] Linksparteien.) Schluß nach [illegible]

Eine neue Ent[illegible]

Berlin, 10. Febr. Wie [illegible] führen haben will, wird Gene[illegible]

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

…e Reichsernährungsminister …
…minister endgültig zum Reich…
…n. — Gestern nachmittag wurden …
…anderplatz 2 Männer verhaftet, …
…er mit einem Aufruf zum Gene…
…0 000 Exemplare des Flugblatts …

…Wie die „Schlesische Zeitung" …
…eitgebern und Arbeitnehmern der …
…e unter Vermittlung der Intervention …
…neues Lohnabkommen getroffen …
…n November bis Januar gültig …
…ent gewährt werden.

…In Bischofsburg sind 3 Kinder …
…chlossenen Zimmer befanden, bei …
…erstickt.

…Deutsche Theater, das vor einigen …
…der Tschechen den Deutschen ein…
…durch einen Beschluß der tschechischen …
…n wieder zurückgegeben worden. …
…göheren und Mittelschulen werden …
…nung der Grippe zu verhindern. …
…Auf Befehl des Armee-Kom…
…urg wieder in Haft genommen. …
…olge von Krankheit sich in einer …
…Haftbefehl in der Weise durch…
…tive das Krankenzimmer Oigts …
…i Besuch zu statten.

…König hat den Rücktritt des …
…Es wird am 16. Februar zur …

…Budget des italienischen Schatz…
…liches Dekret für 1922 ein Kredit …
…re für Spesen für die Konferenz …

…Im Unterhaus erklärte gestern …
…unabhängige Liberale O. Collins, …
…ber Deutschland beeinflusse die …
…e deutschen Reparationen könnten …
…der Ausfuhr über die Einfuhr …
…f der deutschen Schiffe verzo…
…r britischen Schiffsbauindustrie …
…anderen Industrie in der ganzen …
…ob Collins glaube, der wahre …
…igkeit sei die Eintreibung der …
…Deutschland sagen solle, die …
…reich, Belgien und England zu…
…ichen werden.

…Der Bankier Otto Kahn trat in …
…achdrücklich dafür ein, daß Amerika …
…Genua teilnehme und daß die …
…n unter folgenden Bedingungen …
…parationsfrage sei endgültig zu …
…dgets seien wieder ins Gleich…
…Hindernisse des Handels seien …
…elkurs zu festigen.

…esse zur Kanzlerrede.

…uf die „Rote Fahne" und „Freiheit" …
…r Zustimmung zur Kanzlerrede …
…kenswert ist die Darlegung der …
…als erste Kanzlerrede Wirths be…
…Stellungnahme liege durchaus in …
…Trotzdem könne man nicht von …
…n. Die Zeitung verlangt natür…
…en. — Auch der „Lokalanzeiger", …
…utsche Tageszeitung" konstatiert …
…irths Ausführungen und seine …
…Tageszeitung" meldet, daß gerade …
…bgeben die Hauptverantwortung …
…Rundschau" hätte erwartet, daß …
…n bessere praktische Folgerungen …
…nia" hofft, daß die deutsche Politik …
…den wird, die es angeht. — Die …
…artet Richtigstellung der Behauptung …
…hsgewerkschaft zusagte, daß außer …
…drei Rädelsführer keine Disziplinar…
… — Das „Berliner Tageblatt" bringt …
…ungen über den Kernpunkt und …
…önlich Geschick bei den Verhandlungen …
…eit" stellt einen offenen Gegensatz …
…er Rede und den Versprechungen …
…ahme" schreibt, es könne für die …
…n mehr geben. Die äußerste Linke …
…len die USPD. bisher alles in …
…r Begründung des Scharfmachertums …

…Berliner Gemeindearbeiter.

…er außerordentlichen Sitzung der …
…rsammlung ist heute die Debatte …
… Gemeindearbeiter eröffnet wor…
…rechtfertigt die Haltung des Ma…
…chtfertigsten Streik, der das Leben …
…liner Bevölkerung aufs schwerste …
…gen des Oberbürgermeisters wurde …
…Kundgebungen der Kommunisten …
…nenbesucher beteiligten, unterbrach …
…berbürgermeisters vielfach unter …
…h seiner Ausführungen hat die …
…mmlung, das Vorgehen des Ma…
… verlangte eine Deputation der …
…r Stadtverordnetenversammlung …
…Fhende teilt mit, daß dies unter …
…Sitzung um eine halbe Stunde …
… Gelegenheit zur Beratung wird …
…urde mit starker Mehrheit gegen …
…elehnt. Am Schlusse der Sitzung …
…ede ein kommunistischer Antrag …
… Streikenden keine Maßregelungen …

…r- und Koalitionserweiterungsfrage.

…trigen interfraktionellen Verhandlungen …
…e Volkspartei, das Zentrum, die …
…mokraten teilnahmen und die …
…ten, haben, wie die Zentrumspartei …
…t, eine grundsätzliche Ueberein…
…ch nicht ergeben. Man sei eben …
… die Steuerausschüsse, soweit sie …
…fertig sind, die bisher unerledigten …

…ehme Beratung der Steuervorlagen wieder aufnehmen sollen. Desgleichen sei die Frage der Koalitionserweiterung in der Besprechung berührt worden. Auch darüber sei eine Entscheidung nicht gefallen. Der „Berliner Lokalanzeiger" will sogar wissen, daß die große Koalition im Augenblick nicht mehr in Betracht komme.

Neue Drohung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Berlin, 10. Febr. Die Abendblätter veröffentlichen eine Zuschrift der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, die als eine neue Drohung der Reichsgewerkschaft angesehen werden muß. Es wird in der Zuschrift behauptet, daß bereits zwei Tage vor Ausbruch des Streiks die Vorstandsmitglieder und die Angestellten der Bezirksorganisation der Reichsgewerkschaft vom Reichsverkehrsministerium die Aufforderung erhalten hätten, sich sofort bei ihren Dienststellen zurückzumelden. Gegen die, die dieser Aufforderung nicht entsprochen hätten (es kämen etwa 200 Beamte in Frage), sei das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Die Reichsgewerkschaft lehne die Folgen ab, die sich aus diesem Vorgehen ergeben. Es bestehe die große Gefahr, daß als Antwort darauf überall im Lande Teilstreiks aufflammen, die über den Kopf der Reichsgewerkschaft hinweggehen würden.

Reichstagskritik über den Eisenbahnerstreik.

Berlin, 10. Febr. Der Reichstag trat heute in die Besprechung der gestrigen Regierungserklärung über den Beamtenstreik, wobei zunächst Reichsverkehrsminister Gröner folgendes ausführte: Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß Staatsbeamte, die gegen ihren Beamteneid verstoßen, indem sie unberechtigt ihre Arbeit niederlegen, sich eines schweren Dienstvergehens schuldig machen. Glücklicherweise sind zehntausende von Beamten auf ihrem Posten geblieben und haben bei der Durchführung des Notbetriebes hervorragendes geleistet. Ihnen allen sowie der Technischen Nothilfe gebührt volle Hochachtung und Dankbarkeit. (Lebhafter Beifall.) Den Opfern an Leben und Gesundheit, die in den letzten Stunden des Notbetriebes noch gebracht werden mußten, wendet sich unser allertiefstes Mitempfinden zu. Eine Zurückhaltung des Referentenentwurfs im Arbeitszeitgesetz ist gegenstandslos, da eine derartige Entscheidung überhaupt noch nicht vorlag. Unrichtig ist es, daß mit dem Arbeitszeitgesetz ein Ausnahmegesetz für Eisenbahner geschaffen werden sollte. Jeder Industriearbeiter muß acht Stunden täglich angestrengt arbeiten. Bei den Eisenbahnern aber ist ein großer Teil der Dienstzeit Bereitschaftsdienst. Eine restlose Anrechnung des Arbeitsdienstes als Dienstleistung, lediglich weil das Personal nicht zu Hause sein kann, ist nicht möglich. Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes beabsichtigt nichts anderes, als dieses offenbare Unrecht zu verhindern und zu beseitigen. Die aufgestellten Richtlinien sind ein selbstverständlicher Ausfluß des Reichsbeamtenrechts. Keine Willkür soll herrschen, sondern nur Recht und Gesetz. Jeder in ein Disziplinarverfahren verstrickte Beamte kommt vor seinen ordentlichen Richter und kann seine Sache in zwei Instanzen selbst vertreten, ebenso der kündbar angestellte Beamte. Vorgegangen wird nur gegen Streikurheber oder solche, die Sabotage verübt haben und dergleichen. Bereits entlassene Streikurheber werden nicht wieder eingestellt. Solche, die nicht als Urheber anzusehen sind, können wieder beschäftigt werden. Leider sind vielfach Anschläge gegen die Sicherheit des Betriebs erfolgt. Handgranatenanschläge sind vorgekommen (Hört, hört rechts), Schienen wurden auf die Gleise gelegt, Maschinen mit den Puffern aneinandergefahren und man versuchte, Personenzüge zur Entgleisung zu bringen. (Stürmisches Hört, Hört bei der Mehrheit.) Gleich nach Beginn des Streiks traten bereits 8000 Nothelfer in Tätigkeit. Das nicht streikende Personal in einem Bezirk versprach, den Notbetrieb durchzuführen, um die Technische Nothilfe auszuschalten. Dieses Versprechen ist aber nicht gehalten worden. (Lebhaftes Hört.) Einzelne Landesregierungen haben sich gescheut, die Technische Nothilfe einzusetzen. (Stürmische Hört-Rufe. — Wo? Namen nennen!) Für die Zukunft ist es erforderlich, daß die gesamte Beamtenschaft sich in den Staatsgedanken einfügt im Gefühl der engsten Verbundenheit mit dem Staat. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. — Rufe der Kommunisten: Und wenn der Magen knurrt!)

Eingegangen ist ein Mißtrauensantrag der Unabhängigen, in dem gesagt wird, die Ausnahmeverordnung habe das Streikrecht der Beamten aufgehoben und den Achtstundentag angetastet. Die Regierung habe Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt und Haussuchungen vorgenommen. Die Kommunisten beantragen, die beschlagnahmten Streik- und Gewerkschaftsgelder sofort zurückzugeben, die Verhaftungen aufzuheben und bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß die Maßregelungen vom Berliner Magistrat rückgängig gemacht werden. (Lachen bei der Mehrheit.)

Reichskanzler Dr. Wirth ergänzte seine gestrigen Ausführungen und betonte u. a., daß es eine grundsätzliche Amnestie nicht gebe, daß ihm aber auch eine Politik der Vergeltung fernliege. Die Redner der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Mehrheitssozialisten waren sich in der Verurteilung des Streiks einig, ebenso darin, daß die Besoldungsordnung verbesserungsbedürftig sei, doch vermißten die Redner der Rechten eine feste Haltung der Regierung bei der Beendigung des Streiks. Abg. Dittmann (Unabh.) führte aus: Der Vorstand der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner besteht in seiner Mehrheit aus Volksparteilern und Deutschnationalen. Zwei Abgeordnete der Deutschnationalen, zwei Volksparteiler und ein Demokrat gehören der Reichsgewerkschaft an. Wenn diese frommste Reichsgewerkschaft plötzlich wild wird, so müssen doch wichtige Gründe dafür vorliegen. Die Hungerlöhne haben die unteren und mittleren Beamten in allen Verwaltungen erregt. Die unteren und mittleren Beamten haben noch nicht einmal das Existenzminimum erreicht, während die höheren Beamten unerhört bevorzugt worden sind. Die Verhandlungen konnten einen Erfolg nicht haben, weil wieder einmal die Bürokratie die Politik der Regierung durchkreuzte. Das Streikrecht ist den Beamten durch die Verfassung gewährleistet. Denn mit dem Koalitionsrecht ist das Streikrecht untrennbar verbunden. Die Beschlagnahme der Reichsgewerkschaftsgelder war ein willkürlicher Gewaltakt. Die Haltung der Spitzen der freien Gewerkschaften dem Streik gegenüber ist bedauerlich. In der Streikleitung von 1918 saß der letzige Reichspräsident Ebert. (Hört, hört.) Er hat das Streikverbot des Generals v. Kessel damals als einen Wisch bezeichnet. General Gröner hat die Eisenbahn heruntergewirtschaftet und den Streik verschuldet. Der Reichskanzler sollte erkennen, daß die Zeit der Generale vorüber ist, und daß sie reif fürs Panoptikum sind. (Vizepräsident Dietrich rügt diesen Ausdruck.) Gröner muß schleunigst verschwinden. Ein Hundsfott, der einen Eisenbahner maßregelt. Das sage ich besonders Ihnen, Herr General Gröner. (Großer Lärm und gegenseitige Zurufe unter den Parteien von rechts und links. — Der Lärm steigert sich, als Vizepräsident Dietrich die Abgeordneten der Linken, vergeblich auffordert, die Plätze einzunehmen.) — Schließlich unterbrach der Vizepräsident die Sitzung und berief die nächste Sitzung auf Samstag 1 Uhr an. (Schallendes Gelächter bei den Linksparteien.) Schluß nach 7 Uhr.

Eine neue Entwaffnungsnote?

Berlin, 10. Febr. Wie eine Berliner Korrespondenz erfahren haben will, wird General Nollet schon in den nächsten Tagen der deutschen Regierung eine Note in der Entwaffnungsfrage überreichen, deren Einzelheiten gelegentlich der letzten Besprechung des Generals mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincare festgelegt worden sind. In der Note soll — angeblich in ultimativer Form — eine Antwort der deutschen Regierung über die letzten Vorstellungen der interalliierten Kommission betreffs der Umwandlung der Polizei gefordert werden.

Der französische Kammerausschuß hinter Poincare.

Paris, 10. Febr. Der Kammerausschuß der Auswärtigen Angelegenheiten nahm gestern eine Entschließung Viviani an, in der dem Minister des Aeußern für seine Aufklärung gedankt wird. Hinsichtlich der Konferenz von Genua habe er bei Uebergabe der Regierungsgewalt die Annahme Frankreichs vorgefunden. Nur durch die Pazifizierung Europas könne die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern erzielt werden. Bevor die Regierung an der Konferenz von Genua teilnehme, sollten auch von den anderen Teilnehmern Bedingungen angenommen und insbesondere Garantien für deren Ausführungen gegeben werden. Die nach dem Kriege abgeschlossenen Verträge dürften weder im Text noch in der Substanz abgeändert werden. Eine Ermäßigung der Reparation könne nicht zugestanden werden und der Wiederaufbau Europas, an dem Frankreich mitarbeiten wolle, könne das Reparationsrecht nicht beseitigen. Schließlich spricht der Ausschuß seine Verwunderung darüber aus, daß der Völkerbund nicht an der internationalen Arbeit in Genua teilnehmen solle. Es habe den Anschein, daß die Konferenz von Genua ungenügend vorbereitet sei. Weiterhin erklärte der Ausschuß, daß er es nicht verstehen könne, warum die Republiken des lateinischen Amerika nicht nach Genua eingeladen worden seien.

Frankreich droht mit Nichtteilnahme an der Konferenz.

Paris, 10. Febr. In der Antwort der französischen Regierung an ihren Vertreter im Ausland, in der sie ihre Absichten über die Konferenz von Genua auseinandersetzt, heißt es nach einer Havas-Meldung: Die französische Regierung könnte auf die Teilnahme an der Konferenz von Genua verzichten, wenn die Einladung unter Bedingungen angenommen würde, die ihre Rechte schädigen würden. Wenn die Sowjetregierung oder irgend eine andere Regierung durch ihre Antwort zu verstehen gebe, daß sie die in Cannes am 6. Januar aufgestellten Bedingungen nicht in vollem Umfang und im voraus annehme, so könne die französische Regierung keine Delegation auf die Konferenz von Genua entsenden. Weiter sei es wesentlich, daß zwischen den alliierten Regierungen ein vollständiges Einvernehmen über die Auslegung der Artikel ihres Programms bestehe. Der erste Artikel des Programmentwurfs enthält die Prüfung der Umsetzung der Grundsätze in die Praxis. Der Zweck dieser Fassung war, deutlich zu zeigen, daß die Grundsätze als im voraus von den an der Konferenz teilnehmenden Mächten angenommen zu betrachten seien. Es sei augenscheinlich, daß eine derartige Erklärung nicht genügen werde. Ohne Zweifel würden die Regierungen, die etwa den Wunsch hegten, sich den Bedingungen vom 6. Januar zu widersetzen, ihre Absicht nicht im voraus offen kundgeben. Aber sie würden gefährliche Fragen aufwerfen. Es sei also vor allem nötig, daß die alliierten Regierungen sich über die Auslegung der in der Resolution von Cannes enthaltenen Grundsätze selber verständigen. Die Einschränkung, die in Artikel 3 dieses Programms enthalten sei, „notwendige Bedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens, ohne die bestehenden Verträge zu treffen" finde ihre Anwendung auf die Gesamtheit und solle alle Diskussionen von Genua beherrschen. Die bestehenden, das heißt, die aus der Friedenskonferenz hervorgegangenen Verträge konsolidieren das öffentliche europäische Recht, das nicht angetastet werden dürfe, ohne nachhaltig den Frieden Europas zu stören.

Frankreich und die Abrüstung zur See.

Paris, 11. Febr. Einer Havasmeldung zufolge erklärte Marineminister Malberti vor der Marinekommission der Kammer, Frankreich habe mit dem Bau von Kriegsschiffen im Jahre 1914 aufgehört. Es sei also freiwillig acht Jahre den anderen Nationen auf dem Wege der Abrüstung zur See vorausgegangen. Aus einem Vergleich der französischen Flotte mit den Flotten Großbritanniens, Amerikas und Japans gehe die große zahlenmäßige Ungleichheit in militärisch wertvollen Einheiten hervor, die zwischen den Einheiten Frankreichs und den gleichartigen Einheiten der Flotten anderer Nationen bestehe. Der Marineminister gab schließlich die Maßnahmen an, die er dem Parlament unterbreiten wolle, um die französische Marine in neue Bahnen zu lenken.

Englische Sparsamkeitsmaßnahmen.

London, 10. Febr. Heute ist der Bericht von Geddes veröffentlicht worden, der sich auf die Sparsamkeitsmaßnahmen bezieht. Er umfaßt folgende Vorschläge: Bildung eines Ministeriums der nationalen Verteidigung für Heer, Marine und Luftfahrt, Herabsetzung des Effektivbestands der Marine um 35 000 Mann, Herabsetzung des Marinekredits im Budget des nächsten Jahres von 80 auf 60 Millionen Pfund Sterling, abgesehen von den Ersparnissen, die sich durch den Washingtoner Vertrag ergeben können, Herabsetzung des Effektivbestandes der Armee um 50 000 Mann für das folgende Jahr. Ferner sind in dem Bericht folgende Herabsetzungen für das nächste Finanzjahr empfohlen: 20 Millionen Pfund Sterling für das Heer, 5 Millionen Pfund Sterling für die Luftfahrt und 16 500 000 Pfund Sterling für die Marine. Der Gesamtbetrag der Herabsetzungen beläuft sich auf ungefähr 75 Millionen Pfund Sterling.

Wochenplauderei.

Eine scharfe Kältewelle — hat sich wieder eingestellt, — und im Zeichen blauer Nasen, — roter Ohren steht die Welt. — Jeder eilt jetzt auf der Straße, rennt, so schnell er rennen kann; — nochmals zeigt sich uns Herr Winter — als ein strenger, harter Mann. — Wer gern rodelt oder Ski fährt — oder flotten Eissport treibt, — der wünscht freilich, daß der Winter — noch ein Weilchen Herrscher bleibt; — doch die vielen, vielen andern — sind der Kälte gründlich satt. — hoffen, daß mit Mondeswechsel — findet Wetterumschlag statt. — Viele Menschen leiden bitter — unter Frost und Kohlennot, — viele darben! gar so teuer — ist zurzeit das nötige Brot! — Alle Vöglein leiden furchtbar, — frieren, hungern gar so sehr; — ihnen helfend gebe jeder — täglich ein paar Krümchen her! — — Finstre Mächte schaffen eifrig — an des Deutschen Reiches Ruin, — wühlen, hetzen, unaufhörlich, — insbesondere in Berlin. — Neuer Millionenschaden — wurde zugefügt dem Reich — durch den Streik der Eisenbahner, — den nun abgeschlagenen Streich. — — Pius heißt der Katholiken — neugewähltes Oberhaupt; — daß er friedlich walten werde, — wird mit gutem Grund geglaubt. — Mög' sein einflußreiches Wirken — glücklich und gesegnet sein — und auch freundlich fördern Deutschlands — Wiederaufbau und Gedeihn! Wbn.

Wilh. Wackenhut, Neuenbürg. Telefon 106,
Tuchhandlung und Schneiderei.
Auch bei mir nicht gekaufte Stoffe werden billigst verarbeitet.

Urteil.

In der Strafsache

gegen den am 18. Februar 1864 in Langenbrand geborenen, in Schömberg wohnhaften Metzger

Johann Heinrich Rentschler und Genossen

wegen Schleichhandels u. a. V. hat die Strafkammer des Landgerichts zu Tübingen am 20./21. Januar 1922 für Recht erkannt:

Der Angeklagte **Rentschler** wird wegen eines Vergehens des Schleichhandels zu der

Gefängnisstrafe von acht Monaten und zu der Geldstrafe von zehntausend Mark

verurteilt.

Auf die Gefängnisstrafe werden drei Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

Im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe tritt an Stelle von je 15 ℳ Geldstrafe ein Tag Gefängnis, im Höchstbetrag jedoch nicht über ein Jahr Gefängnis.

Die Verurteilung des Angeklagten Rentschler wegen Schleichhandels ist durch einmalige Veröffentlichung des hierauf bezüglichen verfügenden Teils des Urteils in dem „Pforzheimer Generalanzeiger", dem „Enztäler" von Neuenbürg und dem „Calwer Tagblatt" auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen unter Gesamthaftung der Mitangeklagten für die Auslagen, soweit sie bezüglich derselben Tat verurteilt worden sind.

Dieses Urteil ist rechtskräftig.

Tübingen, den 8. Februar 1922.

Gerichtsschreiberei des Landgerichts:
Kanzleirat Weiß

Gräfenhausen (Oberamts Neuenbürg).

Stammholz-Verkauf.

Aus dem Gemeindewald, Abt Fischersbrunnen, Rickertswasen und Kopf (oberer Wald) kommen zum Verkauf:

421 Stück Tannen mit 240 Fm.
130 Stück Forchen mit 75 Fm.

Die schriftlichen bedingungslosen Angebote wollen bis **Mittwoch, den 22 Februar 1922, nachmittags 4 Uhr** beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Losverzeichnisse erteilt Waldmeister **Kappler**, welcher das Holz auf Wunsch auch vorzeigt.

Den 8. Februar 1922.

Schultheißenamt.

Kaufe jedes Quantum

Brennholz,

Buche, Tanne und Forche, Roller und Scheiter, sowie

Stockholz.

Angebote mit Preis an

Ludwig Ziegler, Enzberg.

Zur Stockholzrodung

empfehle

Sprengstoffe, Sprengkapseln, Zündschnüre.

Gerhard Paulus, Fernspr. 15, Bad Liebenzell.

Urin-Untersuchungen

zur Erkennung von Krankheiten

führt seit 11 Jahren gewissenhaft aus

Laboratorium Ludwig Näßl, Grafrath, Oberbayern.

Morgenurin mit Alter und genauer Adresse per Postpaket einsenden.

Tausende von Dankschreiben!

Dank! Kann Herrn **Ludwig Näßl,** Laboratorium in **Grafrath,** Oberb., zu meiner großen Freude mitteilen, daß mein Nervenleiden und Rheumatismus schon viel besser geworden sind und habe Vertrauen, daß er mich ganz heilen kann.

(gez.): **Peter Haggenmüller,**
Eldern bei Ottobeuern.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma **Baer & Glend,** Karlsruhe i. B.

5	Proz. Kriegsanleihe . .	77 1/8	Allgem. El. Akt.	716
4	„ Bad. Staatsanl.	77 3/4	Paketfahrt „	423
3 1/2	„ do. cons.	89 1/2	Nordd. Lloyd Akt.	318
4	„ Bayern	79 1/2	Phönix Akt.	1048
4	„ Württemberger .	79	Bad. Anilin u. Soda Akt.	674 1/2
			Deutsche Kali-Akt. . . .	1575

Devise Schweiz 100 Francs = Mk. 3842
„ Holland 100 Gulden = Mk. 7339

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Forstamt Meistern.

Stangen-Verkauf.

Am **Dienstag, den 21. Februar 1922,** vormittags 9/10 Uhr, im Gasthof zum „Roß" in **Wildbad** aus Staatswald Meistern, Abt. 16 Sandsteigle, 19 Hint. Rauherberg, 22 Hint. Riesenstein, Wanne, Abt. 22 Mittl. Altergrund, 23 Abladstatt, 24 Brachsenhäusle, 25 Ob. Altergrund, 28 Kirchhof: Baust.: 2601 Ia, 1682 Ib, 941 II., 357 III. Kl.; Hagst.: 705 I., 1089 II., 332 III. Kl.; Hopfenst.: 1355 I., 831 II., 137 III., 321 IV., 345 V. Kl.; Rebst.: 454 I. u. 14 II. Kl und 50 Bohnenst. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Forstamt Meistern

Beigholz-Verkauf.

Am **Mittwoch, den 22 Febr. 1922,** vormittags 9 1/2 Uhr in **Wildbad,** Gasth. z. „Sternen" aus Staatswald 1 Meistern Abt. 1 Scheurengrund, 16 Sandsteigle, 17 Schuhmichel, 19 Hint. Rauherberg, 22 Hint. 23 Mittl. 24 Vord. Riesenstein, 25 Hint. Salzhäusle, II. Wanne Abt. 22 Mittl. 25 Oberer Altergrund, 23 Abladstatt, 24 Brachsenhäusle, 28 Kirchhof, 44 Mistweg: Rm.: 21 buch. Scheiter, 104 Buchen- u. 419 Nadelh. Anbruch. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. H, Stuttgart.

!! Baumaterialien !!

Cement, Kalk,
Falzziegel, Biberschwänze,
Steinzeug-u. Cementröhren,
Glasziegel, Dachpappe,
Falzbaupappe, Backsteine,
Schwemmsteine,
Schlackensteine,
Chamottesteine,
Boden- und Wand-Beläge
in Waggonladungen ab Fabrik, kleinere Quantum ab Lager Wildbad zu den billigsten Tagespreisen.

Wilhelm Krauß,
Baumaterialien, Wildbad.

Neuenbürg.
Suche auf 1. April ein fleißiges, ehrliches

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, bei hohem Lohn in Wirtschaft.
Zu erfragen bei
Frau **Wacker,** Witwe,
b. d. Turnhalle.

Ottenhausen.
Ein kinderloses Ehepaar (Bauersleute) suchen ein **schulpflichtiges**

Mädchen

(Waise bevorzugt). Näheres durch die Enztäler-Geschäftsstelle.

Per 1. Mai gegen hohen hohen Lohn **gesucht:**

2 Zimmermädchen,
1 Saaltochter,
1 Küchenmädchen.

Hotel Lacher, Herrenalb,
Telefon Nr. 7.

Unterricht

in Stenographie und Maschinenschreiben.
Eintritt jederzeit.
Privatlehranstalt f. Stenographie und Maschinenschreiben,
Pforzheim, Leopoldstraße-Hafnergasse 1.

Kunstfeile Kauß Pforzheim im Kaufhaus | Brillantgravuren offen zum Verkaufe jede Preislage

Württembergische Landessparkasse in Stuttgart.

Mündelsicher. **Gegründet 1818.**

Einlagen über 500 Millionen Mark.
681 Zweigstellen im ganzen Land.

Einlagen von jedermann bis zu 30000 Mark.
Rückzahlungen in jeder Höhe und in der Regel ohne Kündigung.
Freizügigkeit des Einlagescheins:
Bei Aufenthaltswechsel keine Aenderung nötig.
Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Ausleihungen auf Hypotheken und an Gemeinden.
Eröffnung provisionsfreier Girokonten
(bargeldloser Zahlungsverkehr).

Den Geschäftsverkehr vermitteln kostenfrei die

Zweigstellen:

Neuenbürg: Herr Martin Lutz, Fa. Theodor Weiß.
Birkenfeld: „ Oberlehrer Eisenhardt.
Calmbach: „ Chr. Höger, Ortssteuerbeamter.
Dobel: „ Pfarrer Faber.
Enztlösterle: „ Pfarrer Reger.
Herrenalb: „ Stadtpfleger Bechtle.
Höfen: „ Albert Stegmaier, Kaufmann.
Loffenau: „ Ortssteuerbeamter Huttenlocher.
Schömberg: „ Pfarrer Supper.
Wildbad: Frau Ludwig Kappelmann, Witwe.

PBNW **Phil. Bosch Nachf.** Wildbad, Hauptstraße Telefon 32.

Große Auswahl in Manufakturwaren Aussteuerartikeln
Damen-Wäsche
Herren-Wäsche
Trikotagen
Kragen Cravatten
Reelle Bedienung! Billigste Preise!

Pforzheimer Geflügelzucht und Brutzentrale.
Wir empfehlen:

Bruteier und Kücken

aus eigenen und bekannten erstklassigen Rassehühner- und Entenzuchten, sowie Landhuhnkücken zu Tagespreisen. Vorausbestellung erwünscht.

Lohnbrut

wird jetzt schon entgegengenommen.
Wilh. Dürrler, Pforzheim, Bohrainstr. 8 | **Friedr. Günthner, Pforzheim-Brötzingen,** Wildbadstr. 64. Tel. 1963.
b. d. Kaiser Friedrich-Straße.

Einige tüchtige

Ziehbandmacherinnen

werden angenommen.
Grau & Adam, Waldrennach.

Dresdner Bank

Kapital 550 Millionen Mark
Reserven rund 400 Millionen
Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Neuenbürg.

Reizende Neuheiten

in
schwarzen und farbigen

Damenschürzen

Holländer und Wiener Fassons
(Fabrikat Herdt, Ulm), sind in gediegener Wahl eingetroffen bei

Emil Meisel.

Bezirks-Wirtsverein Neuenbürg.

Der Verein hält am **Montag, den 13. ds. Mts., nachm. 2 Uhr,** bei Kollege **Stenzele** zum „Schiff" in **Neuenbürg** seine diesjährige

General-Versammlung

ab. **Tagesordnung** siehe Wirtszeitung vom 12.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet
der Vorstand.

Maurer- und Steinhauer-Innung des Bezirks Neuenbürg.

Am Montag, den 13. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, findet im **Restaurant Schumacher** in **Neuenbürg**

General-Versammlung

statt. Die Anwesenheit aller Innungsmeister ist dringend erforderlich. Diejenigen Meister, welche der Innung noch nicht beigetreten sind, werden zu der Versammlung eingeladen.
Der Obermeister.

Die Gewerbebank Neuenbürg

vergütet ab 1. Januar des Jahres für Spareinlagen und festangelegte Gelder

4 1/2 % Zins.

Gleichzeitig machen wir auf unseren **provisionsfreien Giroverkehr** aufmerksam, der bei günstiger Verzinsung auch in Anbetracht der neuen Portoerhöhung eine wesentliche Verbilligung und Vereinfachung darstellt. Ueberweisungsformulare werden kostenlos verabfolgt. Auch für die übrigen Bankgeschäfte halten wir uns bestens empfohlen und erteilen auf alle einschlägigen Fragen bereitwilligst Auskunft am Schalter und Telefon.

Calmbach, 11. Februar 1922.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe, gute, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Dittus, Witwe,
geb. Pfrommer,

im Alter von 56 Jahren nach kurzem, schweren Leiden heute morgen 1/2 8 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Der Sohn: **Fritz Dittus.**
Carl Weber und Frau **Ottilie,** geb. Dittus.

Beerdigung: Montag nachmittag 4 Uhr.

Wildbad.
Aelteres, gewandtes

Alleinmädchen,

das selbständig kochen kann und alle Hausarbeiten übernimmt, in kinderlosen Arzthaushalt für sofort od. 1 März gesucht.
Angebote mit Gehaltsforderungen an
Frau **Dr. Lindl,**
Olgastraße 21.

Ein verh., erfahrener

Chauffeur

sucht Stelle.
Offerten unter Nr. 500 an die Geschäftsstelle des Enztäler.

Bettnässen.

Befreiung sofort. Auskunft umsonst. Alter u. Geschlecht angeben. **Dr. med. Heusmann & Co., Velburg 243** (Bayern).

Olga-Grenadiere.
Heute abd. 8 Uhr im „Schiff".

Wir stellen noch einige jüngere

Hilfs-Arbeiterinnen

ein.
Heinrich Scholl A.-G.,
Neuenbürg, Kunstmühle.

Wir haben laufend

Kalk

abzugeben.
Heinrich Scholl A.-G.,
Neuenbürg. Kunstmühle.

Neuenbürg.

Zugelaufen

ist mir ein rehfarbiger **Wolfshund,** welcher gegen Entschädigung abgeholt werden kann.
Alte Pforzheimerstraße 88.

Würzbach (OA. Calw).

Zugelaufen

ist mir ein großer **Hund** (Tigerfarbe). Abzuholen innerhalb 8 Tagen gegen Futtergeld und Einrückungsgebühren bei
Jakob Schanz,
Oberdorf.

Salmbach.

Kalbin

mit Kalb
verkauft
Friedr. Schöninger.

Landwirtschaftliche Kalender

sind noch, solange Vorrat, zu haben.
C. Meeh'sche Buchhandlg.
Inh. D. Strom.

Gottesdienste in Neuenbürg

Sonntag, den 12. Februar 1922
(Septuagesimä)
10 Uhr Predigt (1 Kor. 9, 24–27) Lied 415:
Dekan Dr. Megerle.
1/2 2 Uhr Christenlehre (Töchter):
Dekan Dr. Megerle.
3 Uhr Bibelstunde in Waldrennach
Stadtvikar Peterle.
8 Uhr Vortragsabend im Gemeindehaus.
Mittwoch abend 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehaus.
Dekan Dr. Megerle.

Katholisch. Gottesdienst in Neuenbürg

Samstag, den 11. Februar 1922
6–7 Uhr abds. Beichtgelegenheit
Sonntag, den 12. Februar 1922
1/4 8 Uhr morgens Frühgottesdienst, vorher und nachher Beichtgelegenheit und Austeilung der heiligen Kommunion.
9 Uhr Predigt und Amt.
1/2 2 Uhr nachm. Christenlehre und Andacht.
An den Werktagen ist der Gottesdienst um 7 Uhr.

Methodisten-Gemeinde

Unt. Gartenstraße Nr. 67
(Prediger C. Lang)
Sonntag vorm. 10 Uhr Predigt
„ 1/2 12 Uhr Sonntagsschule.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde

Zweites Blatt.

№ 35.

Sparkassen und

Nach einer in der Zeitschrift Aufstellung über die Zu- und Ab- der gesamten deutschen Sparkassen Seiten der Spekulationshochkon- leger ihr Geld in immerhin erh- indirekt zur Börse fließen lassen. Spareinlagen bei den deutschen

	1921 Mill. Mark
Januar	plus 1600
Februar	„ 400
März	„ 700
April	„ 50
Mai	minus 200
Juni	plus 1400
Juli	„ 400
August	minus 250
September	plus 450
Oktober	minus 1800
November	„ 1900
Zusammen	minus 850

Aus diesen Zahlen ergibt sich sprechen der Bewegung der Spar- lation. Die Hochflüte der S- mer zusammen mit der stärkst- Preis der Dollar steigt, geht de- und machen sich die Deckungskäufe im Detailhandel bemerkbar. Un- aber seine Sprünge sind, desto- flucht vor dem Papiergeld. Aus- ersichtlich, daß im allgemein die- Monat um Monat gewachsen sind- dieser Tendenz ist von Novembe- bemerken. Das waren drei Mon- verbörten Welle der Entwertung- Mit gewesen sind. Im Oktober m- dem Einfluß der Entwertung d- Publikum mit Angstkäufen viel- Angst, daß die Spargutbaben ent- die Leute, ihr Geld von den Sp- Sachwerte irgendwelcher Art zu- in Sparkasseneinlagen in der D- Monaten erreicht worden ist, steh-

Bade

Pforzheim, 9. Febr. In diese- 49 Wohnungen mit einem Aufw- chen. — Infolge der Beilegung- die befürchtete katastrophale Kohle- Städtische Gaswerk konnte mit K- Schulleriem wegen Beschlagnahm- bald ihr Ende erreicht haben.

Karlsruhe, 9. Febr. Der er- von Geistlichen und Kirchengeme- die Beibehaltung der alten Uebu- der Trauung eine Bibel mitzug- Spendung für die Bibeln einzuse- für eine Bibel könnten durch das- zu denken sein.

Eisental, 9. Febr. In den- Wald nach Kappel sind zahlreich- angebaut, die allerhand lichtscheu- kommen. Bei einer Durchsuchung- wurde auf die Spur gekommen- der hiesigen Gegend zur Last fall- 14 Personen verhaftet.

Haus F-

Erzählung von Ewa-

81.

„Mord!" rief der Gr-
„Wer kann's ihm ben-
habe mich nicht ergeben w-
geschossen, wer will dagegen-
Walde liegen lassen, wie e-
glaubte er, ich sei schon tot-
finster um mich. Auf H-
herher gekrochen, um hier-
„Wenn wir nur einen-
Graf ratlos.
„Wasser, Wasser, gnä-
mir nicht helfen. Ich fühle-
Graf Leonard ging in d-
mit Wasser. Der Verwund-
„Wird denn das Sch-
verfolgen?" sagte der Graf-
es mir nun auch noch den-
„Schulz wird wahrsche-
flüsterte Philipp, „er hat-
zu fürchten. So wünsche-
Stille beerdigt und die Urso-
man würde sagen, ich sei in-
„Der Bursche muß in-
Leonard. „Er hat einen-
„Ja, wenn er ihm b-
„Wo ist Deine Büchse-
„Wenn Schulz sie ni-
sie noch im Walde; es war-
„Und Du hast nur ei-
„Nur einen, gnädiger-
ersten Schuß. Aber kann-
den zweiten Lauf abgeschos-
Der Graf bedeckte die-
atmete schwer. Er konnte-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw